

mittendrin

Ausgabe 3/2011
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Wir kämpfen für unsere Träume

Der Internationale Frauentag ist uns stets ein Kraftquell



Foto: Ulit Winkler

Ein Blumengruß zum Frauentag überreicht von Gesine Löttsch, der Parteivorsitzende der LINKEN

Am 8. März begehen Menschen weltweit den 100. Internationalen Frauentag als Tag der Bilanz des bisher Erreichten und als Anlass für den Blick nach vorn.

In den letzten 100 Jahren haben Frauen hinsichtlich ihrer formalen Gleichberechtigung, aber auch hinsichtlich der praktischen Gleichstellung der Geschlechter auf vielen Gebieten klare Fortschritte erreicht. Doch das bisher Erreichte ist nicht das Erreichbare: Frauen müssen auch heute noch um ihre demokratischen Rechte, für Frieden, für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit und um ihre Teilhabe an der Gesellschaft kämpfen - auch in der Bundesrepublik.

Deshalb war das 100. Jahr des Internationalen Frauentages geprägt von Frauenkämpfen für ein gutes Leben, für gute Arbeit zu fairen Löhnen und für ausreichend Zeit für Familie, Bildung und Hobbys.

Die überwiegend weiblichen Angestellten bei Lidl und Schlecker haben für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für Mitbestimmungsrechte und gegen Unternehmenswillkür gestreikt. Studentinnen waren bereits das zweite Jahr in Folge zu Hunderttausenden für gute Bildung für alle auf der Straße. Die Protestaktionen der Hebammen, denen es um die Bewahrung des ältesten Berufsstandes ging, bewegten Öffentlichkeit und Parlamente in Bund und Ländern.

Frauen haben sich überall gegen die sozialen Folgen der Kürzungspakete gewehrt, damit Frauenhäuser und Beratungsstellen ihrer wichtigen Arbeit weiterhin nachgehen können.

Und auch bei den Aktionen gegen Atomkraft und gegen Stuttgart 21 waren so viele Frauen aller Altersgruppen aktiv wie schon lange nicht.

Und ganz aktuell: am Sturz des ägyptischen Diktators Mubarak haben die Frauen einen ganz entscheidenden Anteil. So widersetzten sich die Textilarbeiterinnen im Nildelta dem Regime seit dem Jahr 2008 und streikten regelmäßig für höhere Löhne. Frauen initiierten die Massenproteste in Kairo. Verkäuferinnen, Näherinnen, Steuerbeamtinnen und Ärztinnen nahmen täglich an diesen Demonstrationen teil. Ihr gemeinsames Ziel - soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit.

Den Kampf der Frauen in Kairo und der Verkäuferinnen bei Lidl eint bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen ein Ziel: sie wollen ein anderes Leben in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Frauen wollen nicht, dass es Männern genauso schlecht ergeht wie vielen von ihnen. Sie wollen auch nicht, dass einfach nur die Rollen getauscht werden und sie wie die Männer rennen, rasen, rackern und nach der Arbeit müde ins Bett fallen, ohne Muße für Freunde, Familie und sich selbst. Das ist keine Perspektive, aus der Frauen (genauso wenig wie Männer) die Kraft zum Handeln schöpfen.

Wenn es Frauen gelingt, ihre Träume und die Ziele der vielfältigen Proteste zu einer Vorstellung von einer friedlichen, solidarischen und menschlichen Gesellschaft zu verknüpfen, für die sie dann gemeinsam streiten, dann kann das der Beginn einer neuen Wirklichkeit werden. Ganz im Sinne von Peter Weiss, der einmal sagte »Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen«.

Cornelia Möhring (MdB)

Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Wissen, was läuft

Diskussion zur Berliner Landes- und zur Kommunalpolitik.

Themenschwerpunkt: Arbeit und Wirtschaft. Mit *Carola Bluhm*, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales; *Jens-Peter Heuer*, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und *Petra Schrader*, Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport

Donnerstag, 24. März, 19 Uhr,

Karl-Liebknecht-Haus, Saal 1 (U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz)

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9-16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Die Entscheidung über den Gastronomiegroßmarkt der Firma Hamberger in der Siemensstraße ist gefallen. Eine Mehrheit von SPD, CDU und FDP brachte in der BVV-Sitzung im Februar den umstrittenen B-Plan durch. Noch bis kurz vor der Abstimmung hatten Linke und Grüne versucht, die massiven Bedenken der Bürgerinitiative gegen die stadtentwicklungspolitisch höchst problematische Bebauung an diesem Ort zum Tragen zu bringen. Sven Diedrich, stadtentwicklungspolitischer Sprecher forderte eine Rücküberweisung des B-Plans in den zuständigen Ausschuss, um die neu vorgelegten Argumente der Bürgerinitiative prüfen zu können. Er legte weiter dar, dass die Fraktion Die Linke nach wie vor der Ansicht ist, dass ein derartiges Bauvorhaben nicht in die Innenstadt gehört.

Mit dem Umschwenken der CDU-Fraktion auf Zustimmung, die sich bereits in der vorangegangenen Bauausschusssitzung angedeutet hatte, standen jedoch die Mehrheit fest. Die zahlreich vertretenen Bürger des betroffenen Wohngebietes mussten mit ansehen, wie der Fraktionsvorsitzende der



Planung an der Siemensstraße durch

CDU in wortreichen Arabesken um Verständnis für seine neue Entscheidung bat. Zu verstehen war sie nicht, denn alle seine Argumente, von der Schaffung der »viel gerühmten« 300 Arbeitsplätze, dem Versprechen des Investors, ein guter Nachbar zu sein, bis hin zu den erwarteten entlastenden Wirkungen von geplanter Umgehungsstraße und deutlich eingeschränktem Stadtgarten, versah er selbst mit vielen Fragezeichen. Für die SPD gab es keine Bedenken bei der

Zustimmung, sie hatte die Bürgerinitiative sowieso nicht wirklich ernst genommen. An dem »Deal«, dass der Moabiter Stadtgarten und die Umgehungsstraße nur kommen, wenn Hamberger dort für seine Großhalle in den Ausmaßen von 100x190m und einer Höhe von ca. 13 m die Baugenehmigung erhält, scheitern die Interessen der Bürger vor Ort.

Das gleiche Verfahren wurde der BVV mit der Vorlage »Beschluss über das Auswertungsergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum B-Plan 1-64 (Mauerpark)« (Drs. 1988/III) offeriert. 2649 schriftliche Einwände an der Mauerparkplanung stören das Bezirksamt nicht, eine Änderung der Planung ist nicht beabsichtigt. Von einer Verhandlung mit den Bürgern auf gleicher Augenhöhe kann in beiden Fällen nicht gesprochen werden. Da ist das Misstrauen der Bürger nicht verwunderlich und der Auszug ihrer Vertreter aus den Gesprächen mit dem Baustadtrat ein verständliches Ergebnis. Die Entscheidung über den B-Plan Mauerpark steht noch aus und auch für diese Bürger wird es wichtig sein, wie sich die Fraktionen in der BVV letztlich dazu positionieren.

Blick aus dem Amt:

Toleranz fördern – Kompetenz stärken

Gegen Misstrauen und Generalverdacht

Unter dem Motto »Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« wurden seit vier Jahren in zwei Fördergebieten in unserem Bezirk Projekte für die Entwicklung unseres Gemeinwesens entwickelt und realisiert.

Schwerpunkt und prioritäres bezirkliches Anliegen bei der Umsetzung dieses Bundesprogramms war die Beteiligung junger Menschen. Im Lokalen Aktionsplan Osloer Straße wurden im Rahmen des Programms über 60 Projekte mit einem Fördervolumen von 458.257 Euro und in Moabit 45 Projekte mit 361.880 Euro umgesetzt. Das Programm soll fortgesetzt werden. Doch wer Mittel beantragt, soll eine »Demokratieerklärung« unterschreiben. Darin wird ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates verlangt und eine Garantieverklärung gefordert, dass die Partner sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes bekennen. Dagegen regt sich bundesweit Protest, der von Rechtsgutachten gestützt wird. »In einem Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Gesinnungsüberprüfungen dürfte sich das Erleben von demokratischer Teilhabe kaum organisieren lassen.« heißt es im Gutachten des Wissenschaftlichen Parlaments-

dienstes des Bundestages. Besonders unter Verdacht steht die Partei DIE LINKE. In den Hinweisen zur Erklärung wird vor einer Zusammenarbeit mit ihr gewarnt. Wer gibt der Bundesregierung das Recht, einer Partei, die in Berlin seit langem kommunalpolitische Verantwortung trägt, allenfalls eingeschränkt Verfassungskonformität zu unterstellen? Der engagierte Einsatz für Demokratie und Toleranz braucht das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, braucht Vertrauen und Gemeinsinn! Dabei stand und steht unsere Partei stets an vorderster Stelle.

DIE LINKEN haben im Bundestag einen Antrag zur Streichung der Erklärung eingebracht. Senatorin Carola Bluhm hat auf die Erfolge des Berliner Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Respekt hingewiesen und Widerspruch gegen die Vorgehensweise der Bundesregierung eingelegt. Für Berlin werde man an der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Kräfte festhalten.

Petra Schrader

Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport



Foto: Archiv

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Anfragen u.a.:

■ **Was hielt den zuständigen Stadtrat** des Bezirksamtes Mitte davon ab, die am 18.01.2011 im Bezirksamt (BA) beschlossene Vorlage zur Auswertung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung für den B-Plan Mauerpark der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 20.01.2011 zur Kenntnis zu geben? Wann ist für den zuständigen Stadtrat im BA-Mitte in einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung im B-Planverfahren die Sollstärke bei den Einwendungen erreicht, ab der eine Änderung der Grundzüge der Planung des Bezirksamtes gerechtfertigt ist? Ist das BA-Mitte von Berlin der Ansicht, dass 2649 Einwendungen schlicht und folgenlos weggewogen werden können? DIE LINKE (1993/III)

■ **Auf Grundlage welcher Genehmigung** betreibt das Restaurant Rinosa im Kino Cubix (nahe dem Alten Stadthaus) ein Straßencafé der Extragröße unter der Zeltplane? Was genau gibt die Genehmigung für dieses Straßencafé hinsichtlich der Gestaltung, der Größe, der Sitzplatzzahl und der Beheizung her? Ist dem Bezirksamt bekannt, dass für den Betrieb des Straßencafés ein Dutzend und mehr Heizpilze im Betrieb sind? Wie bewertet das Bezirksamt das genannte Straßencafé hinsichtlich der städtebaulichen Qualität? DIE LINKE (1996/III)

Soziale Integration statt Kürzungskeulen

Das Brunnenviertel braucht Planungssicherheit



Foto: Burkhard Lange

Das Brunnenviertel braucht Förderung

Anlässlich der Kürzungen der Städtebauförderungsmittel durch die Bundesregierung im Haushalt 2011 interviewte unsere Redaktion die Teamleiterin Kerstin Stelmacher vom Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße.

Nach Minister Ramsauers Kürzungskeule muss die Nachricht der Senatorin für Stadtentwicklung über einen Ausgleich der fehlenden Bundesmittel für das Programm »Soziale Stadt« zu 100 Prozent doch große Erleichterung gebracht haben?

Kerstin Stelmacher: Das ist zwar eine gute Nachricht, aber auch ein dringend notwendiges Bekenntnis Berlins zur »Sozialen Stadt«, denn die durch das Bundesbauministerium verbreitete Unsicherheit in den Projekten, Gremien und Einrichtungen muss erst mal überwunden werden.

Die Kürzung der Bundesmittel im Kernbereich »Soziale Stadt« um 72 Prozent ist ein ungutes und nachhallendes Signal gegen eine sozial integrative Stadtentwicklung.

Auch die mit dem Ausgleich entstehenden Haushaltsprobleme für das Land Berlin müssen ja erst noch gelöst werden, besonders hinsichtlich der »Soziale-Stadt« - Projekte über 10.000,- Euro.

Kerstin Stelmacher: Viele sinnvolle Ansätze in den meisten QM-Gebieten werden die Fördermittel jedenfalls noch für längere Zeit benötigen. Die Quartiersentwicklung soll sich nach dem QM-Verfahren selbst tragen.

Aber dafür müssen entsprechende Voraussetzungen da sein.

Vielleicht ließe sich das an Beispielen verdeutlichen?

Kerstin Stelmacher: Wir haben eine ganze Reihe von Projekten, die z.B. mit Kindertagesstätten und Schulen gut vernetzt sind. Wenn wir Verantwortung und Selbstbewusstsein fördern wollen, die zu einem »selbst tragenden Prozess« führen, müssen wir auch die Familien, nicht nur die Kinder, unterstützen. Ein Schwerpunkt der Schulsozialarbeit liegt z.B. auf sozialem Lernen und der Stärkung der Elternkompetenz. Beratungsarbeit und unmittelbare Hilfe in der Nachbarschaft, die z.B. der Beratungsladen »MachBar« im Brunnenviertel leistet, müssen gesichert werden. Das Verschwinden solcher niedrigschwelligen Angebote wäre ein großer Verlust für die sozialen Strukturen im Kiez und für den nachbarschaftlichen Zusammenhalt.

Ist dabei die Kontinuität der Sozialarbeit und der Projekte nicht besonders wichtig?

Kerstin Stelmacher: Ja, gerade bei der sozialpädagogischen Arbeit ist Kontinuität ganz entscheidend. Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen, aber auch Ansprechpartner/innen von Eltern und in der Nachbarschaft sollten nicht ständig wechseln, wie es aber leider durch begrenzte Projektförderzeiten oft zwangsläufig geschieht. So können auf Dauer kein Vertrauen, keine Nachhaltigkeit entstehen.

Ziel muss es daher sein, bestimmte Struk-

turen, wie z.B. Schulsozialarbeit zu verstetigen, d.h. langfristig zu sichern.

Die WiB-Projekte (»Wir im Brunnenviertel«) sind gute Beispiele dafür, wie auf der Grundlage der Fähigkeiten der Bewohner/innen nachbarschaftliches Miteinander, Selbstorganisation und Teilhabe an der Quartiersentwicklung gestärkt werden können. Bewohner/innen, die etwas besonders gut können, bieten dieses Wissen oder Können ihren Nachbar/innen im Rahmen von Miniprojekten (oder Kursen) an und erhalten dafür eine kleine Aufwandsentschädigung.

Zurück zu Minister Ramsauers Kürzungskeule und zur dadurch entstandenen Unsicherheit. Wie stellt sich die gegenwärtige Situation nach der Ausgleichszusage des Berliner Senats dar?

Kerstin Stelmacher: Die nach wie vor existierende Unsicherheit bei den Trägern, Teilnehmer/innen der Projekte und anderen Akteuren der Quartiersentwicklung zeigt, dass über die »Krise« der »Sozialen Stadt« hinaus eine Strategie für die benachteiligten Gebiete dringend notwendig ist. Auch innerhalb Berlins sind die Schwierigkeiten für das Programm »Soziale Stadt« und andere Fördermöglichkeiten durchaus nicht behoben. Eine »Rettung« der »Sozialen Stadt« greift letztlich zu kurz. Was wir brauchen, ist eine klare und vor allem langfristige Strategie für eine sozial integrative und partizipative Stadtentwicklung.

Wir danken für das Gespräch.

Rainer Scholz

Gemeinsam für den Erhalt aller Sozialprojekte in Mitte

Fördermittel erhöhen statt streichen

Auf dem Podium:

Carola Bluhm, Senatorin (DIE LINKE),
Brita Wauer, AKQ (Arbeitskreis der Quartiermanagementbeauftragten),
Kadriye Karci, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, (DIE LINKE),
Moderatorin: **Bianca Spieß**, Kiezreporterin des QM-Gebiets Moabit-Ost

Freitag, 18. März um 15 Uhr
Haus der Jugend Mitte,
am Nauener Platz,
Reinickendorfer Str. 55
U-Bahn Nauener Platz

Anmut für den Gendarmenmarkt

Vorbereitet werden gegenwärtig in mehreren Etappen die angekündigten baulichen Maßnahmen auf dem Gendarmenmarkt. Begonnen wird mit dem mittleren Bereich des Platzes im Umfeld des Konzerthauses, informierte das Bezirksamt Mitte. Ein Architekturbüro arbeitet die Pläne aus. Vorher will das Bezirksamt einen Antrag auf Fördermittel bei der Senatswirtschaftsverwaltung einreichen. Baubeginn frühestens 2012. Die Pläne für den mittleren Teil des Platzes sollen mit den Anliegern diskutiert werden. Ausdrücklich heißt es, die Anmut des Platzes bleibe erhalten.

»Ottokar« ganz aktuell: Kinderrechte aufgespürt

Über ein halbes Jahr haben 25 Mädchen und Jungen gemeinsam mit dem Fotografen Georg Krause eine Ausstellung zum Thema Kinderrechte vorbereitet. Aus vielen Bildern hat die Gruppe eine lebensfrohe Auswahl getroffen, die für Eltern und Schülergruppen eine schöne Bereicherung darstellt. Das Projekt unterstützte der Berliner Fonds »Kulturelle Bildung«. Die Ausstellung wird bis 18. März im Kinderzentrum »Ottokar«, Schmidstraße 8, gezeigt.

Fahrbahn bald fertig

Noch im März soll die Sanierung der Fahrbahnen in der Dircksenstraße und im Kreuzungsbereich Rosa-Luxemburg-Straße beendet sein. Es wurde neu gepflastert und asphaltiert, stellenweise auch der Bürgersteig verbreitert. Eine Bushaltestelle ist geplant. Die Endhaltestelle der Buslinie 100 wird in die Rosa-Luxemburg-Straße verlegt.

Geld aus der Bezirkskasse

Mit 47 000 Euro unterstützt der Bezirk Mitte dieses Jahr ehrenamtliches Bemühen in der Nachbarschaft. Bewerben können sich alle, die sich für entsprechende Projekte einsetzen. Das kann die Renovierung eines Klassenzimmers sein oder auch die Verschönerung von Freizeittätten; gefördert wird der Kauf von Sachmitteln wie zum Beispiel Farbe. Anträge können bis 25. März gestellt werden, Telefon 901 842 530.

Quellen: Berliner Tageszeitungen/de

Wohnen ist Menschenrecht!

»Wissen was läuft« mit Uwe Doering (MdA) im Karl-Liebknecht-Haus

Unser Menschenrecht Wohnen haben wir zu bezahlen, und nicht zu knapp. Vielen frisst die Miete 30 bis 40 Prozent ihres monatlichen Budgets. Die gesetzlich erlaubte Erhöhung treibt die Mietpreise in die Höhe. Wohnkosten drängen vor allem Familien mit Kindern und Alte ständig tiefer in armelige und unwürdige Quartiere. Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum überall in der Hauptstadt ist eine erstrangige Aufgabe. Aus Uwe Doerings Aussagen haben sich mir einige besonders eingeprägt. Sie gehen mich auch als Mieter sehr unmittelbar an.

Worauf konzentrieren wir uns?

Angebot und Nachfrage auf dem »Wohnungsmarkt« werden bestimmt von den Eigentümern der Mietwohnungen, in ihrer Mehrzahl Privateigner. Kommunale Wohnanlagen und Genossenschaften, die keinen Maximalprofit für ihre Aktionäre erzielen müssen, können die Mietentwicklung im Sinne der Mieter beeinflussen, und zwar für den Markt insgesamt. Aber ihnen gehören in Berlin nur 14,7 Prozent der Mietwohnungen - etwa 250.000 von 1,6 Millionen. Die Erhöhung dieses Anteils ist wichtig, wenn Berlin soziale Stadt bleiben soll, wenn nicht weiterhin finanzschwache Mieter aus den lebendigen Kiezen hinausgedrängt werden sollen.

Gegenwärtig versuchen nicht wenige private Eigentümer, Wohnungen besser zu vermarkten. Sie machen daraus Ferienwohnungen oder Gewerberäume. Das zerstört traditionelle Wohngebiete und vertreibt viele Mieter dauerhaft. Aber natürlich »rechnet es sich«. Hier ist öffentliche Aufmerksamkeit gefordert! Es gibt Verordnungen und Gesetze, mit denen derartige »Umwidmungen« konsequent verhindert werden können. Die kommunalen Verwaltungen müssen gedrängt werden, ihre Möglichkeiten im Interesse der Mieter zu nutzen. Und unsere Müllschlucker?

Die EU fordert im Interesse der Umwelt, den Müll exakter zu trennen, erklärte Uwe Doering. Zugegeben, der Müllschlucker verführt dazu, alles komplett zu entsorgen, denn der schluckt unsortiert. Aber wird das ver-

hindert, wenn man die über Jahrzehnte bewährten Anlagen schließt? Dann landen Abfälle eben künftig im allgemeinen Haushaltsmüll, genau so ungetrennt. Es braucht also eine Regelung, die eine sinnvolle Mülltrennung erleichtert, nicht umständlicher macht. Uwe Doering kündigte an, dass Fraktion und Senatoren der LINKEN an einer tragfähigen und bürgerfreundlichen Lösung arbeiten. Es heißt auch in diesem Falle: Dranbleiben!

Ein Ausblick

Wir wollen im Bundestag eine Gesetzesänderung erreichen. Jetzt dürfen Vermieter höhere Mieten fordern - ohne sachliche Begründung! - in drei Jahren bis zu 20 Prozent. Wir wollen mit einer Bundesratsinitiative erreichen, dass die Miete in vier Jahren maximal um 15 Prozent erhöht werden darf. Und wir wollen die Neuvertragsmieten auf das Niveau des Mietspiegels begrenzen. Das kann und wird für uns sicher nicht das Ende der Bemühungen sein, aber für diesen Schritt könnte vielleicht auch jetzt schon im Bundestag eine notwendige Mehrheit erreicht werden.

Heinz Grote

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats

von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum

»Bürger für Bürger« der Volkssolidarität,

Brunnenstraße 145, 10115 Berlin

und am letzten Mittwoch jedes Monats

im Rathaus Tiergarten,

Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin,

Raum 505 - 5.Etage.

Termine im LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 2870575 1

Jeden 1., 2., 3. und 4. Mittwoch im Monat:

kostenlose Beratung zu Hartz IV/ Schuldnerfragen sowie Wohnung/Miete durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17.00 bis 19.00 Uhr (keine Anmeldung erforderlich)

Jeden Donnerstag ab 16.00 Uhr

Schülernachhilfe für Schüler der 1. bis 7. Klasse (Anmeldung unter 2870575 1)

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 - 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10-11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 901 82-45 65

Menschen in Mitte

Rat und Hilfe für Mädchen und Frauen



Foto: Herold

Geschäftsführerin Iris Hölling

Eine der schönsten denkmalgeschützten Villen in Wedding ist seit Jahren Anlaufstelle Hunderter Rat- und Hilfesuchender aus ganz Berlin. »Mehr als 530 persönliche Beratungen zählten wir allein 2010, dazu kommen über 2000 Gespräche per Telefon, E-Mail oder online im Chat«, bilanziert Iris Hölling, die Geschäftsführerin des Vereins Wildwasser e.V. und Leiterin der Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen in dem Haus in der Wriezener Straße 10/11. Die Kontakte sind kostenlos und auf Wunsch anonym.

Drei Diplom-Pädagoginnen und eine Sozialpädagogin, alle mit therapeutischer Ausbildung, sind täglich bereit, betroffene Mädchen ab 12 Jahren und junge Frauen – allein oder zusammen mit ihren Müttern, Vätern oder Freundinnen – anzuhören, über deren Schicksal zu reden und gemeinsam möglichst individuelle Lösungswege zu finden. Manchmal kommen auch nur Familienangehörige, um Unterstützung für bedrohte Kinder zu finden. »Die Betroffenen haben viele Fragen, viele Ängste und Zweifel«, sagt die 43jährige Mediatorin und Organisationsberaterin. »Wir helfen ihnen, die sexuelle Gewalt zu beenden und deren Folgen zu bewältigen beziehungsweise diese von vornherein zu verhindern«.

Iris Hölling nennt Übungen gegen Traumata, Gruppenangebote zum Erkennen des eigenen Körpers, ja sogar ein Tanzprojekt in

dem prächtigen Saal der Villa. Sie freut sich auf das Vorhaben einer Filmemacherin, in dem Mädchen und Frauen, die eine solche bittere Erfahrung machen mussten, zu Wort kommen. Eng ist die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern und mit anderen Vereinen. Die Betroffenen kommen aus allen sozialen Schichten, zwei Drittel der Mißbrauchsfälle geschehen in den eigenen Familien und deren Umkreis.

Wildwasser e.V. entstand 1982 aus einer Selbsthilfegruppe von Frauen, die als Mädchen sexuelle Gewalt erlebt hatten. Seit 2002 ist Iris Hölling seine Chefin. Die gebürtige Hamelnerin war während des Studiums der Philosophie nach Berlin gekommen, war sechs Jahre als Sozialarbeiterin tätig. Ihre eigene Lebenserfahrung machte sie zu einer engagierten Beschützerin bedrohter Mädchen und Frauen.

Mehr Beratungsangebote schaffen

»Es wäre schön, wenn es uns eines Tages nicht mehr geben müsste«, erklärt sie. Aber gerade im vergangenen Jahr nach der Debatte zu den Missbrauchsvorfällen in verschiedenen Einrichtungen Deutschlands seien mehr Betroffene ermutigt worden, sich in der Wriezener Straße zu melden.

»Wie in Berlin müssen flächendeckend ausreichend Beratungs- und Präventionsangebote geschaffen werden, auch auf dem Land.« Sicher werde etwas getan, meint sie, aber die Situation der bestehenden Beratungsstellen werde sich kaum verbessern. »Wir fordern schon seit Jahren vom Senat eine zusätzliche Arbeitsstelle für mehr Vorbeugungsarbeit an den Schulen. Unser Miteinander beispielsweise mit der Sophie-Scholl-Schule zeigt gute Erfolge. Die Finanzierung durch die Stadt ist zwar seit Jahren konstant, aber die Ausgaben sind sprunghaft gestiegen«.

Schon sind wieder Informationsveranstaltungen, Workshops und Fachtagungen zur gesellschaftlichen und politischen Verantwortung für Mädchen in Not geplant. Mögen sie Iris Hölling und ihre Mitstreiter weiter voranbringen zu ihrem Ziel, Gewalt und Missbrauch unter den Menschen zu verbannen. Kontakt per Telefon: 48 62 82 22. www.wildwasser-berlin.de

Matthias Herold

Bei anderen gelesen

Wem gehören die Straßen und Plätze

Der öffentliche Raum ist eine bedrohte Ressource. Gemeinnutz stiftet der öffentliche Raum nur noch, wenn er bedroht ist: Geplante Baumfällungen – siehe Stuttgart 21 und Berliner Gendarmenmarkt – münden in schichtenübergreifende Erregungszustände. Die Attraktivität von öffentlichem Raum ist zudem abhängig von den Aneignungsformen. Nur die Kommerzialisierung abzuwehren, reicht sicherlich nicht aus. Man muss Ideen zur Benutzung des öffentlichen Gutes entwickeln und zwischen den unterschiedlichen Zugriffsversuchen vermitteln können. Oberstes Kriterium sollte dabei nicht die Kapitalkraft einzelner Anbieter, sondern der größtmögliche Nutzen für eine Mehrheit der Betroffenen sein. Der Teufelskreis aus mangelndem öffentlichen Geld, fortschreitender Verwahrlosung, privater Zerstückelung und Sperrung je nach Sicherheitslagen ist so nicht zu durchbrechen.

»Neues Deutschland«, 05.12.2010

Neue Luxuswohnungen

Immer mehr Luxuswohnungen entstehen in Mitte und konkurrieren um den höchsten Quadratmeterpreis. Zwischen Opernpalais und Friedrichswerderscher Kirche werden ab September auf 9500 Quadratmeter Townhouses, Wohnhäuser und ein Gebäude für Geschäfte, Galerien und Büros gebaut. Wer künftig im noblen Stadtquartier »Kronprinzengärten« wohnen möchte, muss beim Kauf bis zu 13.000 Euro pro Quadratmeter hinlegen. In der Mitte der Häuser lassen die Architekten nach historischem Vorbild die Falkoniergasse wieder entstehen. Diese ehemals 90 Meter lange Gasse galt bei der Errichtung des Friedrichswerder 1660 als verarmtes Gebiet. 1968 wurden die Gebäude um sie herum abgerissen, die Gasse verschwand.

»Der Tagesspiegel«, 17.02.2011

Berlin entdeckt seine Mitte

Der deutschen Hauptstadt fehlt ein eindeutiges Zentrum. Hier gingen die Abristrupps und Stadtplaner ans Werk. Das Berliner Stadtmuseum zeigt seit Oktober im Ephraim-Palais die Ausstellung »Berlins vergessene Mitte«. Sie läuft bis zum 27. März. Es wird der Blick auf das geschichtliche Vorher und das heutige Nachher gelenkt. Es geht darum, dass die Berliner ihre Mitte mit Respekt zu dem Zerstörten in Besitz nehmen, deren Zukunft nicht der Planungsbürokratie überlassen, sondern als politische Aufgabe ersten Ranges begreifen. Die Bürger selbst müssen ihrer einstigen Innenstadt menschliches Maß zurückgeben, sie neu besiedeln.

»Berliner Zeitung«, 14.02.2011

DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mitten-drin« zum Herunterladen.

DIE LINKE Berlin Mitte

mittendrin · 3/2011

Was für ein Schreck

Die Rudolstädter »Schicksalssinfonie« im Gorki-Theater



Foto: Archiv

Schlussapplaus im Gorki-Theater

Der Abend beginnt mit einem großen Schreck: Eingestimmt auf gepflegtes Konzert nehme ich Platz – zur gleichen Zeit, als der Orchesterwart (Horst Damm) das Bühnenlicht einschaltet und der Dirigent an sein Pult geht. Er hebt den Stab und – statt einer einschmeichelnden Introduction bellen wie Maschinengewehre die ersten Takte von Beethovens Schicksalssinfonie. Einstimmung auf den Überlebenskampf der Kultur.

Vor wenigen Monaten noch drohte das Orchester der Komischen Oper mit Streik, um Tarifbezahlung einzufordern. Das Rudolstädter Stück, von Steffen Mensching und Micha-

el Kliefert (Regie / Dramaturgie), nimmt uns mit in die Auseinandersetzung zwischen dem Dirigenten (Markus Seidensticker), der weiß, dass in der bevorstehenden Aufführung die Kulturkommission sitzt, die über den Fortbestand des Ensembles entscheidet, und dem Orchester. Dies ist die Rahmenhandlung für eine Wanderung durch das, was Musikgeschichte querbeet hergibt, was sogar Musikmuffel noch mögen. Im Streit die gefälligen Melodien und alles, was Orchester sonst noch bewegt: die Stückwahl natürlich, aber auch kultivierte Vorurteile, die vorausseilende Sündenbocksuche ... Der Dirigent ist wie immer sowieso an allem schuld; seine Technik, die

konfuse Programmwahl, der fehlende Mut zur Improvisation...

Für das Stück wurde das Orchester aus dem Graben auf die Bühne geholt, 50 Damen und Herren, die ihrem Affen Zucker geben – und uns immer wieder ein Schmeckebeerchen ums andere... Oliver Weder, der ‚richtige‘ Dirigent findet sich an der zweiten Geige. Der Dirigent im Stück, Seidensticker, zwischen Despotie und Depression, zugleich auch Clown und Böseling, trägt wie eine Dampfwalze Furcht und Elend des Bühnensterbens in die Welt: »Ich singe, tromme, zupfe, blase, dirigiere, streiche, pfeif: and I will survive, I will survive.« Er will nicht nur den notorischen Geldmangel für Kunst und Kultur überleben, sondern auch Gewerkschafts-Nahkämpfe und absurde Demokratierituale. Dazu Musikerwitze, die man kennt und mag, weil sie mit neuem Charme daherkommen.

Mensching und Kliefert haben die Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt, das Rudolstädter Schauspielensemble und die Band Schnaftl-Ufftschick zusammengeführt.

Die »Schicksalssymphonie« hat Biss: Bonbons aus allem, was noch die große Kunst war, von Beethoven bis Bizet, von Rossini bis Tschaikowsky... Sogar Herzer scheint wiederentdeckt und Karel Gott immer noch zugegen – verdienstvoll auch die Hommage an Hanns Eisler, der das Publikum mit andächtigem Schweigen lauscht. Einfach gute Unterhaltung.

Schade, dass das Gorki-Theater Vergleichsweises nicht öfter anbietet. Immerhin ist wenigstens Schnaftl-Ufftschick bald wieder zu hören, nämlich am 8. April (21.00 Uhr) in der Kulturbrauerei.

Verena Werthmüller

Das Glück der Nebenstraßen

Irene Runges Spaziergang im Februar

In den Cafés werden dank längerer Tage die Plätze knapp, doch der lindgrüne »KaffeeRaum« wurde nicht hier, sondern Hufeland- Ecke Bötzwstraße eingerichtet, nun erfreuen Tartes und Brote, schmucke Bäcker und Bediener die dortigen Anwohner. Ich fahre mit der Straßenbahn hin.

In der modischen Mitte prägen Allerwelttouristen den Stil, Immobilienbesitzer die Preise, doch kulinarische Qualität braucht Stammpublikum. Das sammelt sich in Nebenstraßen, im winzigen »The Barn« am Koppenplatz, im kleinen Sushi, in der Eatery, beim Bäcker und im Weinladen Garlipp,

der auch Rügener slow-food Wurst führt. Überall gilt lockeres Design, auch für Kinder. Zeitungen, Kaffee, Suppen, Quiches, Säfte, Scones, viel Bio, Karohemden und das vertrauende Du verbinden sich zwischen Melk- und anderen Schemeln und wärmen die Seele.

Auch jenseits von Clairchens Ballhaus ist die Auguststraße am grünen Gipsdreieck kulinarisch hergerichtet. Der »Milchladen« hat Sonnenseite, bei »Simon« kommts Essen über die Straße an den Tisch, »Hackbarth« ist wie es ist, und im »Europa« schmecken deutsche Speisen mediterran. Der Italiener unterm Sternenhimmel bleibt zu teu-

er für unsereins. Den Standortvorteil Sonne nutzt auch das Kaffeemaschinengeschäft Ackerstraße, im Caffè zischt starker Espresso und ist preiswert. Auf der anderen Seite der lauten Torstraße kochen Italiener teuer klein und fein und mit gleicher Liebe im populären Großrestaurant Ackerhalle, wo auch Familien (wie nebenan beim Inder) vergnüglich essen, während vis-à-vis Pâtissier Schneider edle Schokoladen, Pralinen und Torten auch zum Mitnehmen kreierte.

Solche Gegend verspricht urbane Gemächlichkeit. Anders ist es dort, wo Touristenführer die Spandauer Vorstadt mit uns, den 6500 Bewohnern, als historisches Scheunenviertel vermarkten und laut die Mär erzählen, die Große Hamburger Straße hätte wegen des Nebeneinanders von Jüdischem Friedhof, evangelischer Kirche und katholischem Krankenhaus einst Toleranzstraße geheißen. Was solls. Für Vorbeiziehende ist alles neu. Heimatgefühl braucht Zeit.

Auf ein Wort Frau Senatorin

Dringend notwendig

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse bundesweit und in Berlin

Mitte Februar trafen sich die Integrationsminister der Länder zur Integrationsministerkonferenz in Mainz. So wurde beispielsweise das »Integrationsmonitoring« beraten.

Mit diesem Monitoring wollen die Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren regelmäßig über die Fortschritte und Defizite bei der Integration in den verschiedenen Bundesländern berichten. Diskutiert wurden auch die ersten Berichte dieser Art, die Nordrhein-Westfalen und Berlin vorlegten. Nach wie vor viel zu niedrig stellt sich hier das Ausbildungsniveau von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Berlin dar. Doch der Bericht zeigt auch, dass man dieses differenzierter betrachten muss. Denn etliche Mi-

grantinnen und Migrantinnen erreichen, gerade in Berlin, sehr gute Bildungsabschlüsse. So haben 40,2 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin ein Abitur; bei denen ohne Migrationshintergrund sind es nur 37,8 Prozent. Seit 2005 ist der Anteil um ganze 4 Prozent gestiegen. In anderen Bundesländern sieht es diesbezüglich deutlich schlechter aus: In Bayern besuchen 60 Prozent der ausländischen Kinder eine Hauptschule. Dieses große Potential der Menschen mit Migrationshintergrund gilt es noch mehr zu nutzen als bisher. Daher war ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt auf der Konferenz der Integrationsministerinnen und Integrationsminister auch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Die Bun-

desregierung präsentierte hier ihre Vorstellungen und Ideen. Dies ist auch von großer Bedeutung für Berlin. Hier gibt es viele hochqualifizierte Menschen aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern, die ihre gelernten Berufe nicht ausüben dürfen oder können, weil ihre Zeugnisse oder gleich ihre ganze Ausbildung oder ihre Hochschulabschlüsse nicht anerkannt werden. Für diese Personen brauchen wir endlich eine Anerkennung der Zeugnisse, Abschlüsse sowie Weiter- und Zusatzqualifizierungen. Nur so können wir dem Fachkräftemangel der Zukunft sinnvoll entgegenzutreten. Es ist wünschenswert für die betroffenen Personen und auch für die Länder, dass der Bund hier nun, nachdem er dieses Themenfeld jahrelang nicht bearbeitet hat, in Aktion tritt und die Initiative zu einem erfolgreichen Abschluss bringt.



Carola Bluhm

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Kunst muss dokumentiert und gesichert werden

Initiative zum Umgang mit historischer Kunst am Bau

Eine Bürgerin wollte von mir wissen, wo und wie die Bronzemedallions des ehemaligen Rechenzentrums der Zentralstatistik (Otto-Braun-Straße) aufbewahrt und wie diese Kunstwerke zukünftig wertschätzt für Berlinerinnen und Berliner zugänglich gemacht werden?

Daraufhin habe ich am Ende des vergangenen Jahres eine Kleine Anfrage bei der Senatskanzlei für Kultur gestellt. Die vollständige Antwort (Drucksache 16 / 14 978) ist unter der folgenden Internetseite zu finden: www.parlament-berlin.de

»Die geätzten Kupferplatten vom Gebäude des früheren Rechenzentrums des Zentralamtes für Statistik der DDR (Otto-Braun-Straße) wurden von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) abgenommen und im Rahmen des Euler-Jahres zum 300. Geburtstag von Leonhard Euler im Jahr 2007 restauriert und an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Berlin, Wilhelmstraße 49 abgegeben. Dort wurden die Kupferplatten im Beisein der Witwe des Künstlers im Innenhofbereich wiederaufgestellt.

Ein weiteres Werk für Kunst am Bau, das Wandgemälde »Lob des Kommunismus« des Künstlers Ronald Paris wurde dem DDR-Museum, Karl-Liebknecht-Str.1 in Berlin-Mitte 2010 übergeben und ist dort ausgestellt.

Auf die Frage, was mit Werken von Kunst

am Bau und Kunst im öffentlichen Raum bei Änderungen der Trägerschaft und Umgestaltungen ihres Umfeldes oder im Falle des Abrisses von Gebäuden passiert, habe ich die folgende Antwort erhalten:

» Grundsätzlich entsteht die Kunst am Bau mit dem Bauwerk, wird aus den Gesamtkosten der Baumaßnahme finanziert und ist damit integraler Bestandteil des Gebäudes. Verfall oder Abriss eines Gebäudes betrifft daher auch die zugehörige Kunst am Bau.

Sofern Kunst im öffentlichen Raum Eigentum des Bundes ist, kann sich die jeweils zuständige Behörde (BIMA) an die Kunstverwaltung des Bundes im Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) zwecks Unterstützung bei der Suche nach Möglichkeiten zur Weiterverwendung des Kunstwerks wenden. Die Kunstverwaltung versucht dann, über ihre Kontakte (sämtliche Bundesressorts sowie über 200 Museen) eine Nachnutzungsmöglichkeit zu finden. Kann auf diesem Weg kein anderer Nutzer gefunden werden, wird das Kunstwerk - um es vor der Zerstörung beim Abriss des Gebäudes zu bewahren - interessierten Dritten - ggf. auch unentgeltlich zur Nachnutzung angeboten.



Kadriye Karci

Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus

Politische Bildung

22. März | 10 Uhr bis 18 Uhr
Pfefferberg, Haus 13,
Christinenstr. 18-19, 10119 Berlin

Soziale Wohnungspolitik für Berlin

Segregation verhindern, Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten!

Mit Prof. Dr. Klaus Steinitz, Dr. Klaus Lederer, Katrin Lompscher, Harald Wolf u.v.a.

10. bis 13. März, jeweils ganztägig, HTW Berlin Campus Wilhelminenhofstraße 75, 12459 Berlin

Linke Medienakademie [LiMA]: GRENZENlos – Der Treffpunkt für linke Medienmenschen

Kommunizieren, informieren, Meinung machen: Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte LiMA hat sich zum größten alternativen Medienkongress in Deutschland entwickelt.

Das Programm der 8. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz ist auf www.linke-medienakademie.de nachlesbar.

Das ist das Letzte

Die letzten Notrufe aus Berlin lauten: Jeder Vierte lebt in einem »Problemkiez«. Vom Bund gibt es vier Millionen weniger an Sozialzuschüssen. Die Charité muss ihre unhygienische Küche schließen. Die 20 000 Ramschwohnungen vom Bankenskandal finden keine seriösen Käufer. Die Berliner Schulen haben eine Milliarde Sanierungsbedarf. Die Berliner S-Bahn geht bei jedem Wetter an Krücken. Die Berliner Hauptstraßen werden Verkehrshindernisse. Der Hauptbahnhof ist ein Diamant auf der Müllkippe. Der Großflugplatz soll ohne Flugverkehr funktionieren. Fazit: Berlin stinkt sehr nach Posemuckel!

Das Rote Rathaus hat schlechte Karten im Wahlkampf. Schuld sind die Handschellen von den Vorgängern und vom Bund: Die CDU hat die Stadtkasse gesprengt. Der Bund hat einige Sonderfonds in Bonn liegen lassen. Der Osten wurde weithin deindustrialisiert, das kostet. CDU-Spitzenkandidat Henkel verteilt Flugblätter: »Der Aufräumer gegen den Wegducker! Die Frontlinie steht« (Die Welt). »Diese Stadt braucht Führung« (Bild). Also: Die Frontstadt-Führer laden durch gegen die Roten!

Dabei kümmern die Schwarzen weder der Sozialatlas noch das Sozialticket für die Bedürftigen. Das Verscherbeln der S-Bahn, der Wasser- und Stromnetze, der Miethäuser, des »Tafelsilbers«, war neoliberale Linie. So wächst kein wohnliches, soziales Berlin!

Natürlich sollte »Wowi« mehr zupacken als rumquatschen, mehr auf Kietzstreife als auf den Roten Teppich gehen. Und DIE LINKE bräuchte mehr Rückgrat als Rücksicht. Wir sind als »Partei für den Alltag« angetreten. Deshalb stoppen wir die Privatisierung der Daseinsfürsorge.

Deshalb fließen anderthalb Milliarden in die Schulen. Daher kommt die Wirtschaft wieder in Fahrt. Deshalb sind Arbeitsplätze wichtiger als Marktplätze der Eitelkeit. Im Wahlkampf zählen Fakten und Vertrauen, sofern beides auch die Nichtwähler erreicht!

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337, E-Mail-Adresse: info@dielinke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.02.2011

Ausgabetag für Nr. 4/11 - 7.4.2011

mittendrin · 3/2011

Dresden nazifrei!

Mit dem Bus nach Elbflorenz



Foto: Archiv

Die Nazis kamen nicht durch

Um 6 Uhr früh setzten sich 38 Busse in Richtung Dresden in Bewegung, darunter Busse des Landesverbandes. Der Bezirk Mitte war mit mehreren GenossInnen unterwegs um Elbflorenz nazifrei zu halten. Denn schon wie im letzten Jahr galt es den europaweit größten Naziaufmarsch zu blockieren. Doch diesmal sollte es kein leichtes Unterfangen werden, da die Polizei im Vorfeld ankündigt hatte, den Naziaufmarsch zu gewähren. Das Dresdner Verwaltungsgericht hatte den Faschisten das Demonstrationsrecht zugesprochen. Eine Zwickmühle.

Bereits auf der Autobahn wurden alle Busse gestoppt, so dass sich die Blockierer zu Fuß ins Zentrum aufmachten. Es bildete sich ein großer Demonstrationzug, der von den Bürgern mit Sympathie empfangen wurde. Mit einer Fünf-Finger-Taktik sollten die Protestierer an die Blockadepunkte rund um den Hauptbahnhof verteilt werden. Doch beim Eintritt in die verboten Zone ließ die Polizei bereits die Muskeln spielen - ihr Konzept hieß: die Blockierer weiträumig trennen.

So entstanden unnötige Hetzjagden zwischen DemonstrantInnen und Polizei quer durch die Südvorstadt, wobei rigoros Polizeiknüppel, Pfefferspray und Wasserwerfer zum Einsatz kamen. Die meist friedlichen BlockiererInnen wurden daran gehindert, ihren Protest zu zeigen.

Unsere Berliner Gruppe traf erst wieder am Blockadepunkt Zellescher Weg zusammen. Abgekämpft und mit leichten Blessuren besetzten wir die Straße in Hörweite zu den Nazis. Die Stimmung war zeitweise sehr aufgeheizt, da viele nicht verstehen konnten, warum Antidemokraten das Demonstrationsrecht eingeräumt wird. Der Spruch: »Rechte gewähren - Linke die Stöcke spüren lassen«

machte die Runde. Am Nachmittag herrschte Ausnahmezustand - Mülltonnen brannten, Barrikaden wurden gebaut und Radikale leisteten sich Scharmützel mit der Polizei. Friedliche und gewaltbereite Protestierer waren nicht mehr zu trennen, da der schwarze Block sich immer wieder in die Masse zurückzog und damit Andere arg gefährdete. Verstärkt kamen Wasserwerfer und Tränengas zum Einsatz. Doch: »Die Blockaden stehen« meldete der Ticker des Bündnisses Dresden nazifrei. Für knapp 1000 Nazis war kein Durchkommen. Jetzt hieß es in der Kälte ausharren. Die Lage beruhigte sich allmählich und Sambagruppen gaben nun den Ton an. Ab 18 Uhr ging es erschöpft zurück zu den Bussen.

Dresden blieb auch 2011 nazifrei, aber es war ein bitterer Erfolg der 20000 BlockiererInnen aus unterschiedlichen Spektren. Der Grund hierfür liegt sicherlich auch in einer inakzeptablen Politik der Stadt und Gerichtsentscheidungen, die wir alle mit Kopfschütteln aufgenommen haben. Man kann nur für das nächste Jahr hoffen, dass der Naziaufmarsch verboten wird. Dank auch an alle Mitreisenden.

Robert Bluhm

Wir gratulieren zum Geburtstag!

Nachträglich im Februar :

zum 87. Sieglinde Wolf

Im März:

zum 96. Karl Mundstock

zum 88. Edith Berow-Bernstoff

zum 86. Heinz Grote,

Gertraud Rädler

zum 84. Josef Jaros, Vera Singer

zum 83. Hans-Heinrich Angermüller,

Victor Grossman,

Gerhard Gunkel,

Helmut Hauptmann,

Sonja Jahnel

zum 82. Günter Böhle, Edith Immig,

Harald Kehr,

Dieter Langhoff,

Marianne Muderack,

Ilse Pargmann,

Edeltraud Rossade,

Isolde Stolz

zum 81. Lore Baumann,

Anneliese Kolin,

Maria Naumann

zum 80. Rolf Gapp,

Karl-Heinz Neubauer

zum 75. Hannelore Lippmann,

Ellen Rauhut,

Helmut Schieferdecker,

Edith Seeger,

Lore Supranowitz

zum 70. Robert Grabolle

